

## Fragen

für die Fragestunde der 136. Sitzung des Deutschen Bundestages  
am Mittwoch, dem 18. Dezember 2019

### Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Achelwilm, Doris (DIE LINKE.)	24, 25	Kluckert, Daniela (FDP)	19
Akbulut, Gökay (DIE LINKE.)	8, 14	Kotting-Uhl, Sylvia (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	54, 58
Badum, Lisa (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	47, 48	Kraft, Rainer, Dr. (AfD)	56, 57
Bayram, Canan (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	29, 30	Krischer, Oliver (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	21, 22
Brandner, Stephan (AfD)	3, 4	Kühn, Stephan (Dresden) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	38, 39
Dağdelen, Sevim (DIE LINKE.)	10, 11	Lemke, Steffi (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	33
Gastel, Matthias (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	43, 44	Liebich, Stefan (DIE LINKE.)	31
Gehring, Kai (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	52, 53	Luksic, Oliver (FDP)	20, 27
Gelbhaar, Stefan (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	26, 40	Peterka, Tobias Matthias (AfD)	18, 37
Hänsel, Heike (DIE LINKE.)	12, 32	Polat, Filiz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	6, 7
Herbst, Torsten (FDP)	41, 42	Renner, Martina (DIE LINKE.)	1, 2
Hoffmann, Christoph, Dr. (FDP)	5, 13	Rüffer, Corinna (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	35, 36
Holtz, Ottmar von (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	9	Schmidt, Stefan (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	59, 60
Hunko, Andrej (DIE LINKE.)	15, 16	Verlinden, Julia, Dr. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	23, 49
Jelpke, Ulla (DIE LINKE.)	17, 28	Zimmermann, Sabine (Zwickau) (DIE LINKE.)	50, 51
Kekeritz, Uwe (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	34, 55		
Kindler, Sven-Christian (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	45, 46		

**Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung**

	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat .....	3
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts.....	5
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie .....	7
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz.....	8
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales.....	9
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung.....	10
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft .....	11
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend .....	12
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur .....	12
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit .....	14
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung .....	15
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung.....	16
Geschäftsbereich der Bundeskanzlerin und des Bundeskanzleramtes....	17
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen .....	17

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern,  
für Bau und Heimat**

1. Abgeordnete  
**Martina Renner**  
(DIE LINKE.)      Besteht das Einreiseverbot für den Holocaustleugner G. K. fort ([https://de.wikipedia.org/wiki/Gottfried\\_K%C3%BCssel](https://de.wikipedia.org/wiki/Gottfried_K%C3%BCssel))?
2. Abgeordnete  
**Martina Renner**  
(DIE LINKE.)      Ist der Bundesregierung bekannt, ob sich G. K. seit Inkrafttreten des Einreiseverbots in der Bundesrepublik Deutschland aufhielt (bitte ggf. Aufenthalte aufzählen)?
3. Abgeordneter  
**Stephan Brandner**  
(AfD)      Auf welchem Bearbeitungsstand befinden sich die einzelnen Maßnahmen, die die Bundesregierung laut des „Maßnahmenpakets zur Bekämpfung des Rechtsextremismus und der Hasskriminalität“ ergreifen will?
4. Abgeordneter  
**Stephan Brandner**  
(AfD)      Welche Gründe gibt es dafür, dass laut Medienberichten ([www.bild.de/bild-plus/news/inland/news-inland/statistiken-zeigen-zahl-der-messerangriffe-in-deutschland-steigt-66594590.bild.html](http://www.bild.de/bild-plus/news/inland/news-inland/statistiken-zeigen-zahl-der-messerangriffe-in-deutschland-steigt-66594590.bild.html)) die bundesweite Umstellung der technischen Erfassungssysteme auf die Erfassung des Tatmittels Messer in der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) noch mehrere Jahre dauern soll?
5. Abgeordneter  
**Dr. Christoph Hoffmann**  
(FDP)      Wie viele anerkannte Flüchtlinge aus Syrien haben nach Kenntnis der Bundesregierung seit 2015 Urlaub in ihrem Heimatland gemacht ([www.tagespiegel.de/politik/aneerkannte-fluechtlinge-zum-heimaturlaub-nach-syrien/24941204.html](http://www.tagespiegel.de/politik/aneerkannte-fluechtlinge-zum-heimaturlaub-nach-syrien/24941204.html)), und plant die Bundesregierung, dass in solchen Fällen künftig automatisch der Flüchtlingsstatus entzogen wird?
6. Abgeordnete  
**Filiz Polat**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)      Welche der in der Antwort der Bundesregierung zu Frage 3a der Kleinen Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN „Maßnahmen zur Stärkung der Teilhabe in der Einwanderungsgesellschaft“ (Bundestagsdrucksache 19/14008) angekündigten Fachgespräche des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat mit ca. 20 Dachverbänden von Migrantenorganisationen haben seit Mai 2019 stattgefunden, und welche Zwischenergebnisse gibt es nach aktuellem Stand?
7. Abgeordnete  
**Filiz Polat**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)      Plant das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat dem Ersuchen mehrerer Bundesländer zur Aufnahme von unbegleiteten minderjährigen Geflüchteten aus Griechenland zuzustimmen

([www.tagesspiegel.de/berlin/situation-in-den-fluechtlingslagern-dramatisch-berlin-nimmt-70-min-derjaehrige-fluechtlinge-auf/25307622.html](http://www.tagesspiegel.de/berlin/situation-in-den-fluechtlingslagern-dramatisch-berlin-nimmt-70-min-derjaehrige-fluechtlinge-auf/25307622.html))?

8. Abgeordnete  
**Gökay Akbulut**  
(DIE LINKE.)
- Unter welchen Umständen ist der Bundesminister des Innern, für Bau und Heimat bereits hinsichtlich der Initiative einiger Bundesländer zur Aufnahme von unbegleiteten minderjährigen Schutzsuchenden aus den so genannten Hotspots der griechischen Inseln ([www.tagesspiegel.de/politik/katastrophale-zustaende-auf-lesbos-drei-bundeslaender-wollen-175-minderjaehrige-fluechtlinge-aufnehmen/25307810.html](http://www.tagesspiegel.de/politik/katastrophale-zustaende-auf-lesbos-drei-bundeslaender-wollen-175-minderjaehrige-fluechtlinge-aufnehmen/25307810.html)), sein nach § 23 Absatz 1 Satz 3 des Aufenthaltsgesetzes erforderliches Einvernehmen zu erklären, und inwieweit erachtet die Bundesregierung die Übersendung von Betten, Decken oder anderen Hilfsleistungen statt einer Übernahme von dort lebenden Schutzsuchenden für geeignet, um die katastrophalen und menschenunwürdigen Bedingungen in den Hotspots infolge der massiven Überbelegung dort zu beenden, auch vor dem Hintergrund, dass am 16. November 2019 ein neun Monate altes Baby, welches im Hotspot Moria untergebracht war, an Dehydrierung starb ([www.keptalkinggreece.com/2019/11/17/9-month-old-baby-dies-of-dehydration-in-overcrowded-moria-camp/](http://www.keptalkinggreece.com/2019/11/17/9-month-old-baby-dies-of-dehydration-in-overcrowded-moria-camp/))?
9. Abgeordneter  
**Ottmar von Holtz**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Wie erklärt sich die Bundesregierung die Diskrepanz zwischen ihrer Antwort auf meine Schriftliche Frage 27 auf Bundestagsdrucksache 19/14931, in der das Bundesinnenministerium sagt, man habe keine Erkenntnisse über Raubüberfälle auf Rückkehrer und dass es deshalb keinen Anlass gäbe, die bisherige Praxis der Auszahlung von Bargeldsummen ohne Unterstützung und Sicherheitsgarantien für die Rückkehrenden zu ändern, und gleichzeitig der Tatsache, dass es nach meiner Kenntnis Berichte über Rückkehrer nach Afghanistan gibt, die direkt nach ihrer Ankunft am Flughafen oder kurz darauf bei sich zu Hause von bewaffneten Personen ausgeraubt und bedroht wurden, und wie gewährleistet die Bundesregierung, dass diese Bargeldsummen aufgrund der fehlenden Nachsorge nicht in kriminelle oder terroristische Hände geraten?
10. Abgeordnete  
**Sevim Dağdelen**  
(DIE LINKE.)
- Wann hat die Staatsanwaltschaft Berlin nach Kenntnis der Bundesregierung Justizbehörden der Russischen Föderation durch ein justizielles Rechtshilfeersuchen um Mitwirkung bei der Aufklärung des Mordes an einem Georgia im August 2019 im Berliner Tiergarten ersucht (bitte unter Angabe des Datums die kontaktierten russischen Behörden einschließlich möglicher Fristsetzung

zur Reaktion auflisten), und nach welchen Kriterien bewertet der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister des Innern, für Bau und Heimat Dr. Günter Krings das Verhalten der russischen Seite gegenüber den Bemühungen bzw. der Aufforderung der Bundesregierung zur Mitwirkung bei der Aufklärung in den vorangegangenen Monaten als „dilatorisch“ (Plenarprotokoll 19/133, Mündliche Frage 28), wenn der Parlamentarische Staatssekretär Dr. Günter Krings in dieser Antwort die erbetenen Daten – wie die Angaben wann welche deutschen Behörden russische Behörden mit welcher Fristsetzung zur Reaktion offiziell aufgefordert haben – nicht konkret zur Verfügung stellen konnte?

### Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

11. Abgeordnete  
**Sevim Dağdelen**  
(DIE LINKE.)
- Inwieweit trifft es nach Kenntnis der Bundesregierung zu, dass es sich bei der Stiftung für politische, wirtschaftliche und soziale Forschung (SETA), unter deren Schirmherrschaft unlängst der von der EU-Kommission mit 127.000 Euro mitfinanzierte 850-seitige Bericht „European Islamophobia Report 2018“ herausgegeben wurde, um eine regierungsnah türkische Stiftung handelt, die ein politisches Instrument der türkischen Regierung ist, das der öffentlichen Diffamierung von Gegnern Recep Tayyip Erdoğan's dient, und welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung daraus, dass die SETA einen Bericht vorgelegt hat, der nach Presseberichten vom Bundesinnenministerium zurückgewiesen wird, weil er einseitig, verzerrend und durch Voreingenommenheit gekennzeichnet ist ([www.tagesanzeiger.ch/schweiz/standard/islamkritiker-gelangen-an-ursula-von-der-leyen/story/28222010](http://www.tagesanzeiger.ch/schweiz/standard/islamkritiker-gelangen-an-ursula-von-der-leyen/story/28222010))?
12. Abgeordnete  
**Heike Hänsel**  
(DIE LINKE.)
- Wie plant die Bundesregierung sich zu der angekündigten Initiative Jean Asselborns zu positionieren, die von Israel besetzten Palästinensergebiete von allen EU-Ländern völkerrechtlich als Staat anzuerkennen, was nach Angaben des EU-Außenbeauftragten Josep Borrell beim nächsten EU-Außenministertreffen im Januar 2020 thematisiert werden soll ([www.wz.de/politik/asselborn-startet-initiative-fuer-erkennung-palaestinas-als-staat\\_aid-47721227](http://www.wz.de/politik/asselborn-startet-initiative-fuer-erkennung-palaestinas-als-staat_aid-47721227)), bzw. welche Alternativen schlägt die Bundesregierung im Falle einer Ablehnung des Vorschlages vor, insbesondere in Anbetracht der aktuellen Situation in Israel/Palästina,

in der die völkerrechtswidrige israelische Siedlungs- und Annexionspolitik ungehindert fortschreitet und eine Zwei-Staaten-Lösung unmöglich wird ([www.haaretz.com/israel-news/israeli-palestinian-conflict-solutions/.premium-benjamin-netanyahu-the-undertaker-of-the-two-state-solution-1.7045749](http://www.haaretz.com/israel-news/israeli-palestinian-conflict-solutions/.premium-benjamin-netanyahu-the-undertaker-of-the-two-state-solution-1.7045749); [www.spiegel.de/politik/ausland/israel-siedlungen-in-der-westbank-darum-geht-es-a-1297280.html](http://www.spiegel.de/politik/ausland/israel-siedlungen-in-der-westbank-darum-geht-es-a-1297280.html); [www.faz.net/aktuell/fotografie/alltag-in-besetzten-gebieten-israels-siedler-und-die-palaestiner-16379518.html](http://www.faz.net/aktuell/fotografie/alltag-in-besetzten-gebieten-israels-siedler-und-die-palaestiner-16379518.html); [www.haaretz.com/israel-news/israeli-palestinian-conflict-solutions/netanyahu-killed-the-two-state-solution-we-moving-toward-one-state-1.7086635](http://www.haaretz.com/israel-news/israeli-palestinian-conflict-solutions/netanyahu-killed-the-two-state-solution-we-moving-toward-one-state-1.7086635); [www.haaretz.com/opinion/.premium-1.705522](http://www.haaretz.com/opinion/.premium-1.705522))?

13. Abgeordneter  
**Dr. Christoph Hoffmann**  
(FDP)

Hat die Bundesregierung eine Strategie für eine Reaktion auf die mögliche Entsendung von Truppen durch die Türkei nach Libyen ([www.handelsblatt.com/politik/international/nordafrika-erdogan-bietet-militaereinsatz-in-libyen-an-und-provoziert-damit-russland/25318006.html](http://www.handelsblatt.com/politik/international/nordafrika-erdogan-bietet-militaereinsatz-in-libyen-an-und-provoziert-damit-russland/25318006.html)), und wird sich die Bundesregierung bei den Vereinten Nationen für eine UN-Blauhelmission in Libyen einsetzen?

14. Abgeordnete  
**Gökay Akbulut**  
(DIE LINKE.)

Ist der Bundesregierung bekannt, ob die türkische Regierung, wie durch den AKP-Sprecher Ömer Celik am 6. Dezember 2019, angekündigt („Unsere zuständigen Ministerämter werden in dieser Sache aktiv werden.“; <https://gazete.taz.de/article/?article=!5648337>) in irgendeiner Weise, aufgrund der Ausstrahlung des ARD-Beitrages zur historischen Bildung „Wie Kemal Atatürk Aleviten ermorden ließ“, der Sendung „tft – titel thesen temperamente“, vom 1. Dezember 2019 ([www.dasersite.de/information/wissen-kultur/tft/videos/ataturk-video-100.html](http://www.dasersite.de/information/wissen-kultur/tft/videos/ataturk-video-100.html)), sich bei der Bundesregierung beschwert hat, und wie reagiert die Bundesregierung auf derartige Versuche der türkischen Regierung nach meiner Auffassung die Presse- und Meinungsfreiheit in Deutschland einzuschränken?

15. Abgeordneter  
**Andrej Hunko**  
(DIE LINKE.)

Mit welchen konkreten Maßnahmen reagiert die Bundesregierung auf die völkerrechtswidrigen US-Sanktionen gegen Unternehmen, die am Bau von Nord Stream 2 beteiligt sind („Maas verurteilt geplante US-Sanktionen“, [spiegel.de](http://spiegel.de), 12. Dezember 2019), und teilt die Bundesregierung weiterhin ihre Einschätzung von 2017, dass diese Sanktionen „völkerrechtswidrig“ sind („USA offenbar kurz vor Sanktionserlass gegen deutsche Konzerne“, [www.focus.de/](http://www.focus.de/), 2. Juni 2018)?

16. Abgeordneter  
**Andrej Hunko**  
(DIE LINKE.)
- Auf Grundlage welcher Erwägungen in Bezug auf Verbindungen der Website „Mirotworetz“ zu ukrainischen Behörden kam die Bundesregierung zu der Erkenntnis, ihr „beharrliches Insistieren“ gegenüber der Regierung der Ukraine habe dahingehend „Wirkung gezeigt“, dass die Website zeitweise nicht mehr erreichbar war (Antwort der Bundesregierung auf meine Mündliche Frage 32, Plenarprotokoll 19/133), und wie fällt angesichts der Tatsache, dass die Website nun wieder erreichbar ist, die Beantwortung der zweiten Teilfrage aus, die sich darauf bezog, inwiefern es sich aus Sicht der Bundesregierung bei der Listung ukrainischer oder ausländischer Staatsangehöriger, deren Wohnadressen sowie die Wohnadressen ihrer Familienmitglieder in der Rubrik „Fegefeuer“ der Website, um eine Verfolgung wegen politischer Überzeugungen handelt?
17. Abgeordnete  
**Ulla Jelpke**  
(DIE LINKE.)
- Wie viele Visumsanträge zum Familiennachzug zu eritreischen Flüchtlingen wurden an deutschen Auslandsvertretungen in den ersten drei Quartalen 2019 gestellt, und wie wurden die Anträge beschieden (bitte nach Quartalen und den vier wichtigsten Ausstellungsländern aufschlüsseln)?

### **Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie**

18. Abgeordneter  
**Tobias Matthias  
Peterka**  
(AfD)
- Hat die Bundesregierung Kenntnisse über etwaige Reformpläne innerhalb der Welthandelsorganisation (WTO), das Vetorecht einen einzelnen Mitglieds zu beschränken, um eine dauerhafte Blockade innerhalb der WTO zu verhindern (Beispiel: Berufungsgericht WTO/USA blockieren Richter ([www.sued-deutsche.de/wirtschaft/wto-gericht-1.4716292](http://www.sued-deutsche.de/wirtschaft/wto-gericht-1.4716292), zuletzt aufgerufen am 12. Dezember 2019)?
19. Abgeordnete  
**Daniela Kluckert**  
(FDP)
- Wie bewertet die Bundesregierung die Auswirkungen des Green New Deal der EU-Kommission auf die deutsche Wirtschaft und insbesondere auf die deutsche Automobilbranche?
20. Abgeordneter  
**Oliver Luksic**  
(FDP)
- Welche Schlüsse zieht die Bundesregierung aus dem aktuell angekündigten Stellenabbau in der Automobil- und Zulieferindustrie ([www.nzz.ch/wirtschaft/der-grosse-stellenabbau-in-der-deutsche-autoindustrie-hat-begonnen-doch-in-den-arbeitslosenzahlen-spiegelt-sich-das-nicht-ld.1526078](http://www.nzz.ch/wirtschaft/der-grosse-stellenabbau-in-der-deutsche-autoindustrie-hat-begonnen-doch-in-den-arbeitslosenzahlen-spiegelt-sich-das-nicht-ld.1526078)),

und welche Maßnahmen sind von Seiten der Bundesregierung geplant, um dieser Entwicklung entgegenzuwirken?

21. Abgeordneter  
**Oliver Krischer**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Inwiefern plant die Bundesregierung beim Gesetzentwurf zum Kohleausstieg Emissionszertifikate zu löschen, und wie viele Zertifikate sollen ggf. über die Marktstabilisierungsreserve entnommen werden?
22. Abgeordneter  
**Oliver Krischer**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Plant die Bundesregierung die Standards der neuen Finanz- und Förderpolitik im Energiesektor für die Europäische Investitionsbank (EIB) in Bezug auf Klimaschutz auch für die Finanz- und Förderpolitik der KfW verbindlich vorzuschreiben, und wie begründet sie ihre Entscheidungen sowohl in Bezug auf die Förderpolitik der EIB als auch der KfW ([www.eib.org/de/press/all/2019-313-eu-bank-launches-ambitions-new-climate-strategy-and-energy-lending-policy](http://www.eib.org/de/press/all/2019-313-eu-bank-launches-ambitions-new-climate-strategy-and-energy-lending-policy))?
23. Abgeordnete  
**Dr. Julia Verlinden**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Warum kann die Anpassung der KfW-Gebäudesanierungs-Programme an die im Rahmen des Steuerbonus für Maßnahmen der energetischen Sanierung geplanten Förderbedingungen nach mir vorliegenden Informationen nicht zum 1. Januar 2020 erfolgen, und welche Änderungen in den Förderbedingungen der KfW plant die Bundesregierung?

#### **Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz**

24. Abgeordnete  
**Doris Achelwilm**  
(DIE LINKE.)
- Welchen Zeitplan verfolgt die Bundesregierung für den ausstehenden Gesetzentwurf zum Verbot der Operationen an Kindern und Jugendlichen mit sogenannten intergeschlechtlichen Merkmalen sowie für die Neuregelungen der Personenstandsänderungen im Bürgerlichen Gesetzbuch, die das veraltete Transsexuellengesetz (TSG) ersetzen sollen?
25. Abgeordnete  
**Doris Achelwilm**  
(DIE LINKE.)
- Welche Schritte stehen nach Ansicht des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz noch aus, um für die Neuregelungen im Abstammungsrecht über die vorgeburtliche Elternschaftsanerkennung in gleichgeschlechtlichen Ehen, zu der es im März 2019 eine öffentliche Anhörung

im Rechtsausschuss des Deutschen Bundestages gab, eine Kabinettsvorlage zu erarbeiten, und bis wann ist damit zu rechnen?

26. Abgeordneter  
**Stefan Gelbhaar**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Wie hat sich das Bundesjustizministerium im Rahmen der Ressortabstimmung zu § 11 des „Entwurfs eines Gesetzes zur Vorbereitung der Schaffung von Baurecht durch Maßnahmengesetz im Verkehrsbereich“ (MgvG) konkret positioniert, und welche Mitwirkungsmöglichkeiten hätten die Bundesländer aus Sicht der Bundesregierung bei einer künftigen Änderung bzw. Erweiterung der Maßnahmengesetze, wenn nach § 11 die Zustimmung des Bundesrates nicht erforderlich ist?

### **Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales**

27. Abgeordneter  
**Oliver Luksic**  
(FDP)
- Plant die Bundesregierung Maßnahmen zur Erleichterung des Entsenderechts zwischen Deutschland und Frankreich, insbesondere im Hinblick auf die A-1-Bescheinigung, und wenn ja, wann ist mit einer Umsetzung dieser Maßnahmen zu rechnen?
28. Abgeordnete  
**Ulla Jelpke**  
(DIE LINKE.)
- Inwieweit ist der Bundesregierung das mir in Einzelfällen vorgetragene Problem bekannt, dass bei Personen, die auf Leistungen nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (SGB II) angewiesen sind und nach Aufforderung des zuständigen Jobcenters Kindergeld beantragt und erhalten haben, das von den SGB-II-Leistungen als Einkommen berücksichtigt wurde, unter Umständen Schulden in Höhe mehrerer (zehn)tausend Euro entstehen können, wenn sich im Nachhinein herausstellt, dass Kindergeld irrtümlich gezahlt wurde (sei es aus Unwissenheit oder wegen eines Versäumnisses oder Behördenfehlers) und weder das Jobcenter die Kindergeldrückforderung übernimmt noch das Finanzamt einen Erlass gewährt, selbst wenn die Betroffenen in keiner Weise einen finanziellen Nutzen aus der irrtümlichen Gewährung hatten, weil das Kindergeld wie dargelegt mit den Leistungen nach dem SGB II verrechnet wurde (bitte die Thematik aus Sicht der Bundesregierung nachvollziehbar darstellen), und welche sicheren Lösungswege sieht die Bundesregierung in solchen Fallkonstellationen, damit ausgeschlossen ist, dass die Betroffenen im Ergebnis die genannten hohen Summen oftmals per langwieriger Ra-

tenzahlung begleichen müssen, selbst wenn sie nur über das unmittelbare Existenzminimum verfügen können (bitte ausführen)?

### **Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung**

29. Abgeordneter  
**Canan Bayram**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Treffen Berichte zu, dass die Bundesregierung Teile ihrer Flugbereitschaft voraussichtlich bis 2029 vom Flughafen Berlin Tegel (militärischer Teil) aus fliegen lassen möchte, vor allem auch nach Schließung von dessen zivilem Teil, und hat die Bundesregierung im Hinblick auf eine etwaige Gefährdung des Planfeststellungsbeschlusses für den Flughafen Berlin Brandenburg einen solchen Parallelbetrieb geprüft ([www.bmvg.de/de/presse/alle-pressetermine/presse-entscheidung-liegenschaft-stationierung-bundeswehr-162876](http://www.bmvg.de/de/presse/alle-pressetermine/presse-entscheidung-liegenschaft-stationierung-bundeswehr-162876); [www.morgenpost.de/berlin/article227787325/BER-Chef-Lutke-Daldrup-Mit-Eroeffnung-landen-erste-Flieger.html](http://www.morgenpost.de/berlin/article227787325/BER-Chef-Lutke-Daldrup-Mit-Eroeffnung-landen-erste-Flieger.html))?
30. Abgeordneter  
**Canan Bayram**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Welche Folgerungen zieht die Bundesregierung – auch für den weiteren Afghanistan-Einsatz der Bundeswehr – aus dem kürzlich freigelegten geheim gehaltenen Prüfbericht von US-Behörden über unzutreffende US-Erfolgsmeldungen zum US-Einsatz in Afghanistan seit 2001 (Resümee: „Das amerikanische Volk wurde permanent belogen“ und „uns fehlte jedes Verständnis von Afghanistan“), und warum hält die Bundesregierung gegebenenfalls einen weiteren Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan für sinnvoll trotz der von dort berichteten Rückschritte (<https://taz.de/Nach-18-Jahren-US-Krieg-in-Afghanistan/15648568/>; [www.berlin-zeitung.de/politik-gesellschaft/afghanistan-papers-das-luegenmaerchen-am-hindukusch-li.2953](http://www.berlin-zeitung.de/politik-gesellschaft/afghanistan-papers-das-luegenmaerchen-am-hindukusch-li.2953); [www.spiegel.de/plus/afghanistan-so-holen-sich-die-taliban-das-land-zurueck-a-00000000-0002-0001-0000-000167210678](http://www.spiegel.de/plus/afghanistan-so-holen-sich-die-taliban-das-land-zurueck-a-00000000-0002-0001-0000-000167210678))?
31. Abgeordneter  
**Stefan Liebich**  
(DIE LINKE.)
- Plant die Bundesregierung einen umgehenden Abzug der Bundeswehr nach dem durch die „Washington Post“ in den „Afghanistan Papers“ aufgedeckten Lügen ([www.spiegel.de/politik/ausland/afghanistan-papers-wie-die-usa-ihr-militaerisches-desaster-schoenredeten-a-1300810.html](http://www.spiegel.de/politik/ausland/afghanistan-papers-wie-die-usa-ihr-militaerisches-desaster-schoenredeten-a-1300810.html), [www.washingtonpost.com/graphics/2019/investi](http://www.washingtonpost.com/graphics/2019/investi)

gations/afghanistan-papers/afghanistan-war-confidential-documents/) bezüglich des Kriegs in Afghanistan?

32. Abgeordnete  
**Heike Hänsel**  
(DIE LINKE.)

Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung nach der Veröffentlichung der sogenannten Afghanistan-Papers im Hinblick auf ihre Afghanistan-Politik, und wie genau evaluiert die Bundesregierung den Afghanistan-Einsatz der Bundeswehr ([www.washingtonpost.com/graphics/2019/investigations/afghanistan-papers/afghanistan-war-confidential-documents/](http://www.washingtonpost.com/graphics/2019/investigations/afghanistan-papers/afghanistan-war-confidential-documents/); [www.google.com/amp/s/www.spiegel.de/politik/ausland/afghanistan-papers-wie-die-usa-ihr-militaerisches-desaster-schenredeten-a-1300810-amp.html](http://www.google.com/amp/s/www.spiegel.de/politik/ausland/afghanistan-papers-wie-die-usa-ihr-militaerisches-desaster-schenredeten-a-1300810-amp.html))?

### **Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft**

33. Abgeordnete  
**Steffi Lemke**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

Inwieweit wurden die am 12. Dezember 2019 im Eckpunktepapier des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit zur Ackerbaustrategie genannten Punkte im Prozess der Erarbeitung der Ackerbaustrategie unter Federführung des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft, wie im Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD angekündigt, welche am 19. Dezember 2019 veröffentlicht werden soll ([www.agrarzeitung.de/nachrichten/politik/da-kloeckner-stellt-ackerhausstrategie-vor-89492?crefresh=1](http://www.agrarzeitung.de/nachrichten/politik/da-kloeckner-stellt-ackerhausstrategie-vor-89492?crefresh=1)) berücksichtigt, und besteht zwischen diesen beiden Papieren eine inhaltliche Übereinstimmung?

34. Abgeordneter  
**Uwe Kekeritz**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

Inwiefern hält es die Bundesregierung für realistisch, ihre Verpflichtung der New Yorker Waldklärung von 2014 einzuhalten, bis 2020 Entwaldung aus den Lieferketten globaler Agrarrohstoffe zu eliminieren (bitte anhand aktueller Prozentsätze zu entwaldungsfreien Lieferketten und geplanter Schritte zur Zielerreichung erläutern), und welche konkreten Fortschritte gibt es in Bezug auf die verlässliche Überprüfung, ob importierte Agrarprodukte tatsächlich „entwaldungsfrei“ sind?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie,  
Senioren, Frauen und Jugend**

35. Abgeordnete  
**Corinna Rüffer**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Ist die Erklärung der Conterganstiftung für behinderte Menschen, dass in den „Sedalisfällen“ auf Grundlage der Stellungnahmen der betroffenen Personen eine Leistungsfortzahlung für jeden Einzelfall entschieden werden (Presseerklärung vom 9. Dezember 2019: [www.contergan-infoportal.de/index.php?id=1609](http://www.contergan-infoportal.de/index.php?id=1609)), nach Kenntnis der Bundesregierung dahingehend zu verstehen, dass nur die Fälle „großzügig und mit Wohlwollen“ geprüft werden, bei denen sich die angeschriebenen Betroffenen gemäß § 28 des Verwaltungsverfahrensgesetzes gegenüber der Stiftung äußern und bei denjenigen, die sich mehr entsprechend äußern, die Stiftungsleistungen eingestellt werden?
36. Abgeordnete  
**Corinna Rüffer**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Ist die Erklärung der Conterganstiftung, dass sich aus der Stiftung vorliegenden Dokumente ableiten lasse, „Sedalis“ sei das Produkt eines Lizenznehmers (Presseerklärung vom 9. Dezember 2019: [www.contergan-infoportal.de/index.php?id=1609](http://www.contergan-infoportal.de/index.php?id=1609)), nach Kenntnis der Bundesregierung dahingehend zu verstehen, dass für die Conterganstiftung bereits feststeht, dass „Sedalis“ definitiv kein Grünenthalt-Produkt ist, obwohl es auch viele gegenteilige Belege und Indizien gibt (siehe DER SPIEGEL, 30. November 2019, „Sofortige Vollziehung“ und DER SPIEGEL, 7. Dezember 2019, „Unsäglich“), oder prüft die Conterganstiftung diese grundsätzliche Frage noch einmal ergebnisoffen und unabhängig bzw. lässt sie prüfen?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr  
und digitale Infrastruktur**

37. Abgeordneter  
**Tobias Matthias  
Peterka**  
(AfD)
- Plant die Bundesregierung den Netzausrüster Ericsson von dem 5G-Netzausbau auszuschließen, nachdem Korruptionsfälle aus den Jahren 2000 bis 2016 durch das US-Justizministerium bekannt wurden ([www.golem.de/news/korruption-ericsson-zahlt-ueber-1-milliarde-us-dollar-stra-fe-in-den-usa-1912-145417.html](http://www.golem.de/news/korruption-ericsson-zahlt-ueber-1-milliarde-us-dollar-stra-fe-in-den-usa-1912-145417.html), zuletzt aufgerufen am: 10. Dezember 2019)?

38. Abgeordneter  
**Stephan Kühn**  
**(Dresden)**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Wann wird die Ressortabstimmung für das von Bundesminister für Verkehr und digitale Infrastruktur Andreas Scheuer im Juni 2019 angekündigte „Gesetzvorhaben zum beschleunigten Hochlauf der Elektromobilität“ abgeschlossen, und welche Entscheidungen in Bezug auf die noch für das Jahr 2019 geplante Einrichtung einer „Nationalen Leitstelle Ladeinfrastruktur“ ([www.bmvi.de/SharedDocs/DE/Anlage/G/masterplan-ladeinfrastruktur.pdf?\\_\\_blob=publicationFile](http://www.bmvi.de/SharedDocs/DE/Anlage/G/masterplan-ladeinfrastruktur.pdf?__blob=publicationFile), S. 19) hat die Bundesregierung seit Beschluss des Masterplans Ladeinfrastruktur bereits getroffen (z. B. zur geplanten organisatorischen Zuordnung der Leitstelle oder zur geplanten Anzahl der Mitarbeiter)?
39. Abgeordneter  
**Stephan Kühn**  
**(Dresden)**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Inwieweit beabsichtigt die Bundesregierung auch Bundesfernstraßenvorhaben per Gesetz zu genehmigen, wie es das derzeit geplante Maßnahmen-gesetzvorbereitungsgesetz (MgvG) bereits für Bundeswasserstraßen und Bundesschienenwege vorsieht, und besteht die Absicht, noch in dieser Legislaturperiode einen entsprechende Gesetzentwurf einzubringen, sobald die Übertragung der Verantwortlichkeit für die Bundesfernstraßen an die Autobahn GmbH des Bundes erfolgt ist?
40. Abgeordneter  
**Stefan Gelbhaar**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Plant die Bundesregierung das MgvG in einem späteren Schritt auch auf Straßen-Infrastrukturprojekte auszuweiten, und wie beabsichtigt die Bundesregierung solch eine Ausweitung des Gesetzes mit dem Pariser Klimaschutzabkommen in Einklang zu bringen?
41. Abgeordneter  
**Torsten Herbst**  
(FDP)
- Welcher Anteil der den Ländern durch das Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz zur Verfügung gestellten Mittel ist in den vergangenen zehn Jahren nach Kenntnis der Bundesregierung in Straßenbauprojekte investiert worden (bitte nach Jahren aufschlüsseln sowie absolute und anteilige Zahlen angeben)?
42. Abgeordneter  
**Torsten Herbst**  
(FDP)
- Wie hat sich die Anzahl der Tochterunternehmen und Beteiligungen der Deutschen Bahn AG nach Kenntnis der Bundesregierung in den vergangenen zehn Jahren entwickelt, und wie viele Tochterunternehmen hat die Deutsche Bahn AG nach Kenntnis der Bundesregierung im Jahr 2019 neu akquiriert?
43. Abgeordneter  
**Matthias Gastel**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Wie bewertet die Bundesregierung, dass bei der Deutschen Bahn AG (DB AG) im Internet Verbindungen mit anderen Eisenbahnverkehrsunternehmen insbesondere auf europäischen Strecken

nicht gebucht werden können (z. B. Berlin – Mailand: zu allen Verbindungen an einem Tag konnte auf der folgenden Webseite der DB AG keine Preisauskunft gegeben werden und nicht gebucht werden (<https://preview.tinyurl.com/vlblhgy1>), und wie will die Bundesregierung in ihrem bundeseigenen Unternehmen DB AG darauf einwirken, dass internationale Fahrten in einem Portal der DB AG oder anderer Anbieter gebucht werden können?

44. Abgeordneter  
**Matthias Gastel**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Wann werden die von der Bundesregierung angekündigten „Änderungen der Signalisierung“ (Bundestagsdrucksache 19/7577) auf der Neubaus Strecke Ebensfeld – Erfurt umgesetzt, um die dadurch mögliche Erhöhung der Grenzlast für Güterzüge auf 1.500 Tonnen (Bundestagsdrucksache 19/7577) zu ermöglichen (bitte den genauen Planungsstand angeben, wenn noch kein Zeitpunkt für die Verlegung angegeben werden kann), und wie viele Trassenanmeldungen sind für Güterzüge auf besagter Strecke für das Fahrplanjahr 2020 bisher berücksichtigt?
45. Abgeordneter  
**Sven-Christian Kindler**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Welche Fernverkehrsrelationen in Niedersachsen können durch die Deutsche Bahn AG derzeit mit welchen Kapazitäten zur Fahrradbeförderung angeboten werden?
46. Abgeordneter  
**Sven-Christian Kindler**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Über wie viele „Kinderabteile“ bzw. „Kleinkindabteile“ und wie viele „Familienabteile“ (die räumlich als eigenes Abteil von anderen Bereichen des Fahrzeuginnenraums abgetrennt sind) verfügen alle Fernverkehrsfahrzeuge, die die Deutsche Bahn AG derzeit im Einsatz hat?

#### **Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit**

47. Abgeordnete  
**Lisa Badum**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Was kann die Bundesregierung bezüglich konkreter Klimaschutzmaßnahmen von den Vorreiterstaaten Schweden, Marokko und Dänemark lernen, die bei dem Klimaschutz-Index der Nichtregierungsorganisation Germanwatch e. V. auf den vorderen Plätzen landen und damit deutlich vor Deutschland (Platz 23) (<https://germanwatch.org/de/ksi>)?

48. Abgeordnete  
**Lisa Badum**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Unterstützt die Bundesregierung den Vorschlag der EU-Kommission die EU-Klimaziele für 2030 auf 50 bis 55 Prozent zu erhöhen ([www.tagesspiegel.de/wirtschaft/green-deal-der-eu-vorgestellt-was-von-der-leyens-klimaschutz-offensive-fuer-die-verbraucher-bedeutet/25309132.html](http://www.tagesspiegel.de/wirtschaft/green-deal-der-eu-vorgestellt-was-von-der-leyens-klimaschutz-offensive-fuer-die-verbraucher-bedeutet/25309132.html)), und wenn nein, warum nicht?
49. Abgeordnete  
**Dr. Julia Verlinden**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Mit welchen Ausgaben rechnet die Bundesregierung für den Abrechnungszeitraum 2013 bis 2020, um Zertifikate für zu viel ausgestoßene Treibhausgase in den Bereichen, die dem sogenannten Effort Sharing unterliegen, zu erwerben (bitte alle betroffenen Bereiche separat angeben), und welche konkreten Maßnahmen hat die Bundesregierung in diesem Jahr beschlossen, um den EU-Vorgaben im Rahmen des Effort Sharing insbesondere im Gebäudebereich näher zu kommen und so die Ausgaben für Ausgleichs-Zertifikate zu reduzieren?

### **Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung**

50. Abgeordnete  
**Sabine Zimmermann**  
(Zwickau)  
(DIE LINKE.)
- Wie stellte sich nach Kenntnis der Bundesregierung jeweils in den Jahren 1995, 2000, 2005, 2007, 2009, 2011, 2013, 2015, 2016, 2017, 2018 und 2019 die Zahl der Ausbildungsbetriebe und die Ausbildungsbetriebsquote dar?
51. Abgeordnete  
**Sabine Zimmermann**  
(Zwickau)  
(DIE LINKE.)
- Wie stellt sich nach Kenntnis der Bundesregierung derzeit die Ausbildungsbetriebsquote bundesweit, in West- und Ostdeutschland und nach Bundesländern dar?
52. Abgeordneter  
**Kai Gehring**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Inwiefern gelten für außeruniversitäre Forschungseinrichtungen mit Bundesförderung übergreifende Codizes vergleichbar mit dem Public Corporate Governance Kodex des Bundes, und wie stellt das Bundesministerium für Bildung und Forschung die Einhaltung sicher?
53. Abgeordneter  
**Kai Gehring**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Welche Standards für die Geschäftsführung wurden in den Überwachungsorganen der Zentren des Hermann von Helmholtz-Gemeinschaft Deutscher Forschungszentren e. V. entwickelt, um finanzielle Schieflogen wie die aktuelle beim Helmholtz-Zentrum München (vgl. Abendzeitungen München, 27. August 2019) zukünftig zu verhindern,

und aus welchen Gründen existiert am Helmholtz-Zentrum München laut Organigramm inzwischen kein Wissenschaftlich-Technischer Rat mehr ([www.helmholtz-muenchen.de/ueber-uns/organisation/gremien/index.html](http://www.helmholtz-muenchen.de/ueber-uns/organisation/gremien/index.html))?

54. Abgeordnete  
**Sylvia Kotting-Uhl**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Decken nach Kenntnis der Bundesregierung die angekündigten 35 Prozent der Mittelausstattung von „Horizont Europa“, die der Finanzierung neuer Klimaschutzlösungen im Rahmen des Green New Deals von EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen dienen sollen (siehe Mitteilung der Europäischen Kommission vom 11. Dezember 2019 zum Green New Deal: [https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/european-green-deal-communication\\_de.pdf](https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/european-green-deal-communication_de.pdf)), auch die atomkraftbezogene Forschung und Innovation – wie z. B. das Programm der Europäischen Atomgemeinschaft für Forschung oder Mittel für den Kernfusionsreaktor ITER – ab, und welchen Prozentanteil an Horizont Europa machen nach Kenntnis der Bundesregierung alle von der EU-Kommission vorgesehen Investitionen in die atomkraftbezogene Forschung und Innovation aus?

#### **Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung**

55. Abgeordneter  
**Uwe Kekeritz**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus dem Ergebnis des ersten Teils des Monitoringverfahrens, das im Rahmen des Nationalen Aktionsplans Wirtschaft und Menschenrechte durchgeführt wurde, für die zweite Monitoringrunde, und welcher Zeitplan ist für den geplanten Gesetzentwurf vom Bundesentwicklungsminister Dr. Gerd Müller und vom Bundesminister für Arbeit und Soziales Hubertus Heil vorgesehen (Referententwurf, Stellungnahmeverfahren, Kabinettsbeschluss)?
56. Abgeordneter  
**Dr. Rainer Kraft**  
(AfD)
- Welche Konsequenzen für die Bundesrepublik Deutschland hätte nach Kenntnis der Bundesregierung ein vom Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung gefordertes europaweites Verbot von Müllexporten in Entwicklungsländer ([www.tagesschau.de/multimedia/video/video-615873.html](http://www.tagesschau.de/multimedia/video/video-615873.html))?

### Geschäftsbereich der Bundeskanzlerin und des Bundeskanzleramtes

57. Abgeordneter  
**Dr. Rainer Kraft**  
(AfD)
- Was versteht die Bundesregierung unter einer „Datenteilungspflicht“, und welche Datenstrategie beziehungsweise Datenschutzstrategie verfolgt die Bundesregierung im Detail ([www.tagesspiegel.de/wirtschaft/kanzleramtschef-braun-zum-datenschutz-wir-wollen-mit-china-nicht-konkurrieren/25259882.html](http://www.tagesspiegel.de/wirtschaft/kanzleramtschef-braun-zum-datenschutz-wir-wollen-mit-china-nicht-konkurrieren/25259882.html))?

### Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

58. Abgeordnete  
**Sylvia Kottling-Uhl**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Konnte nach Kenntnis der Bundesregierung und ausgehend vom letzten Stand der Verhandlungen im Rat der Europäischen Union die Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über die Einrichtung eines Rahmens zur Erleichterung nachhaltiger Investitionen, wenn sie letztendlich die Einstufung der Atomkraft als nachhaltige Wirtschaftstätigkeit erlaubt, zu einer unbeabsichtigten Erhöhung der Finanzierung atomkraftbezogener Projekte durch deutsche Anleger führen, und erwartet die Bundesregierung in diesem Falle eine Zunahme bzw. Beschleunigung des Baus von Atomkraftwerken in Nachbarländern?
59. Abgeordneter  
**Stefan Schmidt**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Wann plant die Bundesregierung einen Gesetzentwurf zur Umsetzung einer einmaligen solidarischen Altschuldenhilfe für die etwa 2.700 betroffenen Kommunen vorzulegen – angesichts der Feststellung vom Bundesminister der Finanzen Olaf Scholz am 11. Dezember 2019 im Finanzausschuss des Deutschen Bundestages, wonach eine grundsätzliche Bereitschaft aller Bundesländer erklärt wurde, der Bundeshilfe zur kommunalen Altschuldenbeseitigung auch dann nicht im Wege zu stehen, wenn dadurch nicht alle Bundesländer bzw. Kommunen mit zusätzlichen Finanzmitteln bedacht werden –, und in welcher Form soll diese Beteiligung des Bundes an der Entschuldung der Kommunen umgesetzt werden?
60. Abgeordneter  
**Stefan Schmidt**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Ergebnisse der aktuellen Abfrage der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht zu Abschlussprovisionen an Versicherungsvermittler vom 11. Dezember 2019 ([www.bafin.de/SharedDocs/Veroeffent](http://www.bafin.de/SharedDocs/Veroeffent))

lichungen/DE/Meldung/2019/meldung\_191211\_aabschlussprovision\_abfrage.html), vor dem Hintergrund, dass die Zahlungen sowohl im Durchschnitt als auch absolut weiter gestiegen sind, und wie sieht der weitere Zeitplan der Bundesregierung für den geplanten Gesetzentwurf zur Deckelung der Abschlussprovision von Lebensversicherungen und Restschuldversicherungen aus?



